

SE

22.01.10

## Zwei Herzen für Mieter

Ude und Singhammer streiten über GBW-Bestand

Münchens oberster Mieterschützer heißt Christian Ude? Der rote Oberbürgermeister könnte diesen Ehrentitel bald verlieren. Johannes Singhammer, CSU-Bundestagsabgeordneter aus dem Münchner Norden, versucht den OB gerade zu übertrumpfen, wenn es um die Zukunft der 8000 Wohnungen der GBW im Stadtgebiet geht. Die GBW gehört der Landesbank, diese wiederum dem Freistaat, und der muss wegen der BayernLB-Misere und des Drucks aus Brüssel in den kommenden Jahren seine Wohnungen loswerden, 33 000 in ganz Bayern. Auch wenn die Landesbank beteuert, dass derzeit gar nicht verhandelt werde - die Wohnungen sind längst ein Politikum, was bei einem Bestand dieser Größe nicht verwundert. Es wäre in München der wohl größte Deal seit dem Verkauf der Neuen Heimat Anfang der neunziger Jahre.

„Die Wohnungen müssen in Besitz der öffentlichen Hand bleiben“, fordert Singhammer. Er will „langfristige Sicherheit“ für die Bewohner und fühlt sich besonders berufen, weil große GBW-Bestände in seinem Wahlkreis liegen. Nun hat die Öffentlichkeit mindestens drei Hände: die des Bundes, des Freistaats und der Stadt. Singhammer denkt, man ahnt es, an die städtische Hand, soll heißen: Die Stadt München soll zugreifen. Das ist gewiss eine mieterfreundliche Forderung, aber auch eine recht bequeme, denn sie kostet Singhammer nichts, auch nicht im übertragenen Sinne: Nicht als Bundestagsabgeordneter, nicht als CSU-Mitglied, dabei war es

der von seiner Partei geführte Freistaat, dessen Landesbank die Milliarden-Misere verursachte.

Die Stadt also. Für die hat OB Ude schon erklärt: Kommt nicht in Frage! 8000 Wohnungen auf einmal könnten die städtischen Gesellschaften GWG und Gewofag nicht schultern. Und die Stadt könne nicht ausbaden, was der Freistaat verbockt habe. Dieser solle lieber für Schutzklauseln in den Mietverträgen sorgen und dafür, dass seriöse private Investoren zum Zug kommen, die den Mietern nichts Böses tun.

Damit aber mag sich Singhammer nicht zufriedengeben. „Mieter können besser schlafen“, wenn ihr Vermieter ein öffentlicher sei, sagt er und kratzt am Lack des von Ude angeführten Positivbeispiels Siedlung Ludwigsfeld: Die wollte die Stadt vom Bund nicht kaufen, also kam mit der Patrizia ein Privater zum Zug. Schön und gut seien die ergänzten Mietverträge, sagt Singhammer, dennoch würden durch die Sanierung die Preise so steigen, dass es für manche Bewohner zu viel sei.

Bleibt die Frage, wie die Stadt die GBW schultern soll. Zumal die Landesbank schon erklärt hat, die Firma werde nur komplett angeboten. Soll das Rathaus etwa ein bayernweit agierendes Unternehmen übernehmen? Wohl nicht, statt dessen ruft Singhammer den Beteiligten zu, doch bitte nicht jetzt schon etwas kategorisch auszusprechen. Die Stadt jedenfalls solle schon mal nachrechnen, der Abgeordnete vermutet, dass das kein schlechtes Geschäft wäre für den Mieterfreund Ude.

Bernd Kastner